

STELLENPLAN 2023

EINLEITUNG

Der Stellenplan muss gemäss Dienst- und Gehaltsordnung von der Gemeindeversammlung genehmigt werden. Der Stellenplan zeigt in der Übersicht alle in der Gemeindeverwaltung bewilligten Pensen pro Abteilung.

Abteilung/Name	Beantragte Pensen per 01.01.2023	Besetzte Pensen per 31.12.2022	Bewilligte Pensen per 01.01.2022	Bemerkung Erläuterungen seit 01.01.2022
Allgemeine Verwaltung				
Bauverwaltung	600%	500%	500%	Unterschied 01.01.2022 vs 01.01.2023: +100% infolge Reorganisation Bauverwaltung (Aufstockung; ausführliche Begründung siehe unten)
Zentrale Dienste (Einwohnerdienste / Administration sowie Personal / IT)	520%	520%	400%	Unterschied 01.01.2022 vs 31.12.2022: Zugang Lohnbuchhaltung aus Finanzverwaltung 60%, Zugang Personal / IT aus VL von 80% sowie Abgang 20% für Office Management in VL
Finanzverwaltung	230%	230%	300%	Unterschied 01.01.2022 vs 31.12.2022 und 01.01.2023: Abgang Lohnbuchhaltung an Zentrale Dienste 60% + Abgang Finanzverwalter an VL 10%
Verwaltungsleitung zzgl. Stabsstellen (Gemeinbeschreiberin, Office Managerin, Juristin und Generationenbeauftragte:r)	420%	290%	360%	Unterschied 01.01.2022 vs 31.12.2022: Abgang Personal / IT aus VL von 80%, Zugang für Office Management aus ZD von 20% sowie Zugang Finanzverwalter aus Finanzverwaltung 10% = 310%. Es verbleiben 20%. Diese sollen zusammen mit den +110% für die Juristin sowie eine:n Generationenbeauftragte:n gebraucht werden (Aufstockung; ausführliche Begründung siehe unten)
TOTAL	1770%	1540%	1560%	



Sozialregion				
Leitung	160%	60%	160%	Vakanz Leitung Sozialregion sowie Bereichsleitung EKS von insgesamt 100%
Fachbereich Sozialhilfe	765%	460%	610%	Besetzte Pensen per 31.12.2022: Vakanz im Team Sozialhilfe von 150% Beantragte Pensen per 01.01.2023: + 155% für Asylwesen bzw. Ukraine (Aufstockung; ausführliche Begründung siehe unten)
Fachbereich Erwachsenen- und Kinderschutz	580%	565%	580%	Besetzte Pensen per 31.12.2022: Vakanz im Team EKS von 15%
Fachbereich Zentrale Dienste	350%	275%	350%	Besetzte Pensen per 31.12.2022: Vakanz im Team Zentrale Dienste von 75%
Ausbildungsplatz Soziale Arbeit	Nein	Nein	Nein	
TOTAL Sozialregion	1855%	1290%	1700%	
Werkhof				
Gärtnerei	300%	300%	300%	
Hauswarte	200%	200%	200%	
Werkhof	550%	550%	550%	
Wasserversorgung	150%	150%	150%	
Feuerwehr	80%	80%	80%	
TOTAL Werkhof	1280%	1280%	1280%	
Schulen				
Schulleitung	180%	180%	180%	
Schulsekretariat	70%	70%	70%	
Schulsozialarbeit	80%	80%	80%	
MSD Leitung	75%	75%	75%	
MSD Sekretariat	40%	40%	40%	
TOTAL Schulen	445%	445%	445%	
Total	5350%	4555%	4985%	
Lernende KV	2	1	3	
Lernende Fachleute Betriebsunterhalt	2	2	2	
Lernende Unterhaltspraktiker	1	0	0	

BERICHTERSTATTUNG

Gestützt auf verschiedene Beschlüsse des Gemeinderats werden folgende Aufstockungen gegenüber dem Vorjahr beantragt:

Bauverwaltung: +100%

Um die Reorganisation der Bauverwaltung und die damit verbundenen Leistungserwartungen umsetzen zu können, wird eine Stellenplanerhöhung von 100% benötigt. Diese verteilt sich auf die Schaffung des neuen Bereichs Umwelt/Energie/Natur +50%, den Bereich Hochbau/gemeindeeigene Liegenschaften +30% sowie die Bereiche Bauinspektorat +15% sowie Sekretariat +5%.

Die zusätzlichen oder verbesserten Leistungen, die eine solche Pensenerhöhung rechtfertigen, können zusammenfassend wie folgt umschrieben werden:

Schaffung des neuen Bereichs Umwelt/Energie/Natur +50%

- Organisation und Realisation der Aufgaben und Projekte mit Schwerpunkt Natur- und Landschaftsschutz, Klima, Energie, Lufthygiene und Lärmschutz
- Verantwortung Zertifizierung (z.B. Energiestadt)
- Planung und Förderung nachhaltige Mobilität
- Biodiversität und Grünraumplanung
- Beratung von gemeindeinternen Abteilungen und Mitarbeit in Projekten
- Ansprechperson für die Bevölkerung und Kontaktpflege zu kommunalen und regionalen Interessenverbänden/Kommissionen
- Realisierung Fördergelder
- Konzeption Abfallentsorgung
- Budgetverantwortung im Zuständigkeitsbereich

Bereich Hochbau/gemeindeeigene Liegenschaften +30% (auf insgesamt 80%)

- Ausführende Stelle für die Raumbewirtschaftung (inkl. Parkierflächen)
- Bewirtschaftung Sportanlagen (Gigersloch, Weiden, Glungge und Schiessstand)
- Personalführung und Koordination Hauswarte (inkl. Sportanlagenwart) und Reinigungskräfte, ca. 20 Personen
- Sicherstellung des Betriebs und des Unterhalts der gemeindeeigenen Bauten und Anlagen im Hochbau
- Erarbeitung und Umsetzung einer Liegenschaftsstrategie
- Budgetverantwortung im Zuständigkeitsbereich

Bauinspektorat +15% sowie Sekretariat +5%

Die Erhöhungen des Sekretariats und des Bauinspektorats ergeben sich teilweise aufgrund der zusätzlichen Aufgaben in den beiden obgenannten Bereichen (Sekretariat) und teilweise aufgrund ungenügender Ressourcen in der heutigen personellen Ausstattung der Bauverwaltung (Bauinspektorat).

Zentrale Dienste (Einwohnerdienste / Administration sowie Personal / IT)

Die Zentralen Dienste weisen Ende 2022 und anfangs 2023 mehr Stellenprocente aus (520%), als anfangs 2022 (400%), da

- der Bereich Personal / IT (80%) aus der Verwaltungsleitung als ein Bereich in die Zentralen Dienste verschoben wurde,
- die Lohnbuchhaltung (60%) von der Finanzverwaltung in den Bereich (Personal / IT) der Zentralen Dienste verschoben wurde, und
- Teilprocente (20%) von den Zentralen Diensten für die Office Managerin in die Verwaltungsleitung verschoben wurden.

Finanzverwaltung

Die Finanzverwaltung weist Ende 2022 und anfangs 2023 weniger Stellenprozente aus (230%), als anfangs 2022 (300%), da

- die Lohnbuchhaltung (60%) von der Finanzverwaltung in den Bereich (Personal / IT) der Zentralen Dienste verschoben wurde, und
- Teilprozente (10%) von der Finanzverwaltung für den Verwaltungsleiter in Personalunion mit dem Finanzverwalter in die Verwaltungsleitung verschoben wurden.

Verwaltungsleitung zzgl. Stabsstellen (Gemeindeschreiberin, Office Managerin, Juristin und Generationenbeauftragte:r): +110%

Die Verwaltungsleitung zzgl. Stabsstellen weist Ende 2022 weniger vergebene Stellenprozente aus (290%), als anfangs 2022 (360%). Dies, da

- der Bereich Personal / IT (80%) aus der Verwaltungsleitung als ein Bereich in die Zentralen Dienste verschoben wurde,
- Teilprozente (20%) von den Zentralen Diensten für die Office Managerin in die Verwaltungsleitung verschoben wurden,
- Teilprozente (10%) von der Finanzverwaltung für den Verwaltungsleiter in Personalunion mit dem Finanzverwalter in die Verwaltungsleitung verschoben wurden,
- 20% nicht vergeben sind. Diese sollen zusammen mit den +110% für die Juristin sowie eine:n Generationenbeauftragte:n (vgl. sogleich hiernach) gebraucht werden.

Per 01.01.2023 drängt sich eine Pensenaufstockung um 110% für die Schaffung folgender Stellen auf:

Juristische Assistenz

Per 01.01.2022 wurde Sarah-Maria Kaiser als Gemeindeschreiberin / stellvertretende Verwaltungsleiterin / Leiterin Zentrale Dienste in einem 90%-Pensum angestellt. Die Gemeindeschreiberin administriert sowohl den Gemeinderat als auch die Gemeindeversammlung, ist Teil der Verwaltungsleitung sowie der Geschäftsleitung, und leitet die Zentralen Dienste, wobei in diesen Bereich auch die politischen Rechte (u.a. Abstimmungen und Wahlen) fallen. Darüber hinaus ist sie der Rechtsdienst der Verwaltung und seit dem 1. März 2022 die Personalverantwortliche. Um all diese Aufgaben zu erfüllen, ist die Schaffung einer juristischen Stelle nötig, um dieses Aufgabenfeld weitestgehend abdecken zu können, ohne dafür zu viele externe Unterstützung (Anwälte:innen) in Anspruch zu nehmen. Die Person arbeitet in Beschwerde- und Rechtsmittelverfahren, bei der (Weiter-) Entwicklung von gemeindeeigenen Rechtserlassen sowie Projekten mit.

Generationenbeauftragte:r

Die beiden Ressortverantwortlichen Kevin Voegtli (Freizeit, Kultur und Sport) und Daniel Müller (Soziales und Gesundheit) müssen ihre Aufgaben (Daniel Müller betreffend die Aspekte Gesundheit und Alter sowie Kevin Voegtli betreffend all seine Aspekte) derzeit ohne zuständige Ansprechperson in der Verwaltung wahrnehmen. Diesem Umstand wird mit der Schaffung dieser Stelle Abhilfe geschaffen.

Zweck der neuen Stelle ist einerseits das Freizeit- und Kulturleben der Gemeinde zu fördern sowie andererseits Kinder-, Jugend- und Altersanliegen aufnehmen zu können und zu administrieren. Vom/von der Generationenbeauftragten sollen folgende Aufgaben wahrgenommen werden:

Informations- und Auskunftsstelle für die Einwohner:innen von Dornach

- Angebotsübergreifende Auskunftserteilung und Beratung für Einwohner:innen
- Vernetzung mit den Leistungserbringern, Pflege des Wissens betreffend die Angebote

- Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu den verfügbaren Angeboten und den von der Gemeinde unterstützten Leistungen

Operative Leitung Integration

- Pflege der öffentlichen Informationen rund um den Themenbereich Integration
- Betreuung der Integrationsdossiers durch die Prozessstufen «Fördern und Fordern»
- Vernetzung mit den lokalen Akteuren im Bereich Integration, Organisation von regelmässigen Anlässen / Treffen
- Reporting gegenüber Kanton

Förderung des Freizeit- und Kulturlebens in der Gemeinde und Betreuung des Beitragswesens

- Konzeptionelle Erarbeitung und Umsetzung einer Förder- und Beitragspolitik
- Koordination und Vermittlung zwischen den Akteuren im Freizeit- und Kulturbereich (u.a. auch mit der Organisation von Netzwerktreffen und ähnlichen Gefässen)
- Administrative Abwicklung der Beiträge an Vereine und Kulturinstitutionen

Vernetzung und Koordination der familienergänzenden Betreuungsangebote in der Gemeinde

- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu den bestehenden Angeboten und den Unterstützungsmöglichkeiten
- Anlaufstelle für die Bevölkerung: Hilfe und Unterstützung für Erziehungsberechtigte in der Suche von Angeboten
- Periodische Berichterstattung an Gemeinderat über Anforderungen, Bedürfnisse, Auslastung und Kapazitäten der Angebote

Unterstützung der politischen Entscheidungsträger und Institutionen

- Begleitung der Institutionen mit Leistungsaufträgen oder Beteiligungen der Gemeinde in den Bereichen Kind & Jugend (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familien- und Jugendberatung), Familien (Mütter- und Väterberatung, KiTa), Alter (Altersheime, Alterssiedlung, Wohngruppen, Versorgungsregion, Tagesstätten), Gesundheit (Spitex, Suchthilfe) und Kultur
- Information an die Entscheidungsträger über Vorhaben und relevante Entwicklungen in diesen Institutionen inkl. Vorbereitung von Entscheidungsgrundlagen zuhanden Gemeinderat und Fachkommissionen

Spezialaufträge

- Mitarbeit in und Leitung von Projekten (bspw. Umsetzung Kinder- und Jugendleitbild; Altersmodell)
- A.o. Arbeiten und Aufträge auf Anweisung und in Absprache mit dem/r Vorgesetzten

Sozialregion

Die Stellenprozentage der Leitung, des Fachbereichs Erwachsenen- und Kinderschutz sowie des Fachbereichs Zentrale Dienste bedürfen keiner Anpassungen. Anders sieht es betreffend den Fachbereich Sozialhilfe aus.

Fachbereich Sozialhilfe: +155%

Aufgrund der aktuellen Situation rund um die Ukraine reicht der bisherige Stellenetat (610%) nicht mehr aus. Um die Fallzahlen (zusätzliche 150 Sozialhilfedossiers zu 250 bestehenden Sozialhilfedossiers) bewältigen zu können, ist eine Erhöhung von 155 Stellenprozenten notwendig. Das Leitorgan, bestehend aus Vertretungen sämtlicher an der Sozialregion beteiligten Gemeinden, hat das entsprechende Budget

genehmigt und beantragt dies der Gemeinde Dornach zur Genehmigung. Dornach trägt die Kosten anteilmässig.

Die Stellenprozentage des **Werkhofs** sowie der **Schulen** (Schulen Dornach sowie Musikschule Dornach), bedürfen keiner Anpassungen.

Lehrstellen

Da im Sommer 2022 keine neue KV-Lehrstelle angeboten wurde, sollen per Sommer 2023 zwei neue KV-Lehrstellen angeboten werden.

Die beiden aktuellen Lernenden im Bereich Fachleute Betriebsunterhalt schliessen ihre Lehren im Sommer 2023 ab, weshalb im Anschluss wiederum zwei neue Lernende ihre Lehre bei der Einwohnergemeinde Dornach aufnehmen dürfen sollen. Ergänzend soll neu eine Unterhaltspraktiker-Lehre beim Werkhof angeboten werden.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 24.10.2022 hat der Gemeinderat entschieden, der Gemeindeversammlung am 30. November 2022 zu beantragen, den Stellenplan 2023 zu genehmigen.

BERATUNG

Daniel Urech, Gemeindepräsident:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung einstimmig in drei Bereichen des Stellenplans eine Erhöhung vorzunehmen. Es sind dies 100 Stellenprozent bei der Bauverwaltung, eine Erhöhung um 110 Stellenprozent bei den Stabsstellen, der zentralen Dienste und der Verwaltungsleitung. Da geht es um die neue Stelle eines Generationenbeauftragten und um ein 50% Pensum einer juristischen Assistentin. Und schliesslich beantragen wir 155% bei der Sozialregion. Dies ist eine Erhöhung, welche sich einzig und allein mit den Mehrbelastungen durch die Flüchtenden aus der Ukraine begründet. Ausserdem möchten wir neu eine KV Lehrstelle und eine Unterhaltspraktiker Lehrstelle anbieten. Da das Geschäft so viele verschiedene Ressorts betrifft, werden nun auch viele verschiedene Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an das Rednerpult treten. Wir beginnen mit der Bauverwaltung, welcher ich als Erste das Wort übergeben darf.

Janine Eggs, Gemeinderätin:

Wie es Daniel Urech bereits ausgeführt hat, komme ich nun zu den beiden Stellen in der der Bauverwaltung. Da benötigt es einerseits neue Stellen und andererseits eine Stellenerhöhung. Wir haben es hier im Überblick. Es sind insgesamt 100 Stellenprozent, die wir erhöhen wollen. Heute sind es 500 Stellenprozent, danach wären es 600. Es gibt aber nicht einfach eine neue Stelle. Wir würden diese aufteilen. Und zwar sind dies 50% welche wir für eine neue Stelle für den Bereich Umwelt, Energie und Natur vorsehen. Dann haben wir 30% im Bereich Hochbau (gemeindeeigene Liegenschaften), 15% im Bereich Bauinspektorat und 5% im Bereich Sekretariat.

Wir gehen nun vereinzelt auf die vier Stellen ein, was diese genau beinhalten:

Der Bereich Umwelt, Energie, Natur beinhaltet ganz viele Querschnittsthemen. Das sind Themen, welche in den verschiedensten Bereichen wichtig sind. Bisher wurden alle (Umwelt, Energie, Natur) sehr stiefmütterlich behandelt. Wir haben momentan keine Fachperson, welche für diese Themen explizit zuständig ist und auch das wichtige und richtige Fachwissen mitbringt. Das ist aber eigentlich unabdingbar, dass bei Projekten von der Gemeinde auf nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen geachtet wird. Mit dieser neuen Stelle wollen wir das Manko beheben und dies so auch auf den neusten Stand bringen. Die Stelle beinhaltet, wie es hier aufgelistet ist, einerseits die Organisation und Realisation der Aufgaben und Projekte im Bereich Natur- und Landschaftsschutz, Klima-, Energie-, Lufthygiene, Lärmschutz, und auch Planung und Förderung von nachhaltiger Mobilität, Biodiversität und Grünraumpflanzung. Dies ist

ein sehr grosser Themenbereich, welchen ich aufgezählt habe. Es sind zum Teil Themen, welche gesetzlich vorgeschrieben sind. Da kommen zusätzliche Aufträge von Bund und Kantonen, welche wir erfüllen und wir als Gemeinde umsetzen müssen. Die Komplexität dieser Aufgaben mit diesen Vorschriften wird immer grösser. Die Herausforderungen werden grösser, auch die Ansprüche werden immer höher. Und dafür benötigen wir Fachpersonen, welche dieses Wissen und auch mehr Zeit mitbringen, um dies zu bearbeiten. Ich habe mal die Energie als Beispiel herausgesucht. Da wird ein neues Energiegesetz kommen, welches der Gemeinde neue Aufgaben bringen wird, wo wir aktiv werden müssen, wo wir etwas machen müssen. Oder wenn ich das Wort Klima herausgreife, klimagerechtes Bauen, auch das etwas, wo ein spezifisches Fachwissen noch fehlt. Zum Bereich Biodiversität, z.B. Neophyten und die ganze Pflegeplanung sind genannt. Da ist es im Moment schon so, wir haben eine sehr gute Equipe, welche sich mit Diversität auskennt, diese sind aber ganz konkret draussen, wenn es Gärtner sind, am Pflanzen. Und diese Ansprechperson auf der Verwaltung, welche dies unter sich hat und welche die Planung macht, die ganzen Prozesse und Budgets etc., das ist etwas, das noch fehlt. Dann sieht man hier, die Liste geht noch weiter. Es geht auch um die Konzeption der Abfallentsorgung: Wie geht es da weiter? Aber auch z.B. Themen wie Littering. Wie werden wir dies in Zukunft angehen. Recycling, separate Plastiksammelstellen. Die Liste ist endlos lang mit Themen, die man angehen muss. Dann wäre diese Person auch für Zertifizierungen zuständig. Wir sind ja, wie ihr wisst, eine Energiestadt. Diese Zertifizierung bringt auch Vorgaben, welche wir erfüllen müssen. Dies ist wie eine Punkteliste, wo wir sehen, welche Projekte haben wir erfüllt, was können wir anwenden, dass wir die Zertifizierung auch weiterhin behalten. Und auch das ist etwas, was im Moment so nebenbei gemacht werden muss. Aber eigentlich niemand da ist, der sich überlegen kann, wann man was umsetzt und was am meisten Sinn macht. Wo holt man den ganzen Mehrwert für die Gemeinde heraus. Es ist nicht so, dass wir unbedingt wieder eine neue Stelle und neue Projekte brauchen und dann wird dafür wieder mehr Geld ausgegeben: Diejenige Person, welche die Stelle innehaben würde, würde auch Fördergelder realisieren. Dies ist im Moment ein Bereich, der verwaist ist. Mit Fördergelder ist gemeint, dass es viele Töpfe gibt, die Gemeinden unterstützen. Vom Bund, vom Kanton, vom Agglo-Programm und von Stiftungen, welche bereit sind, Projekte der Gemeinde zu finanzieren oder mitzufinanzieren. Aber auch da benötigt man eine Person, welche im rechten Moment daran denkt, welche über das Netzwerk verfügt, welche die Sachen «abholt» und weiss, wann, wie und wo man dies abholt. Auch dies wäre etwas, was in die Zuständigkeit der neuen Stelle fällt. Und damit einher geht natürlich auch die ganze Budgetverantwortung für den Zuständigkeitsbereich, so dass die Einnahmen und Ausgaben auch im Lot sind. Dann die zwei nächsten Punkte, die noch kommen, sind auch ganz wichtige Sachen. Das ist einerseits, die interne Beratung der Mitarbeitenden bei den gemeindeeigenen Projekten, bei den Bauten, bei den Planungen, da sollte man eigentlich von Beginn an auf Ökologie und Nachhaltigkeit achten. Wenn nun da eine Person in der Verwaltung ist, welche das Fachwissen hat, welche einen einfachen Zugang hat und den Finger darauf halten kann, welche schaut, wäre das unglaublich wichtig. Dies sollte aber nicht nur verwaltungsintern, sondern für Sie alle, die gesamte Bevölkerung sein. Es soll eine Anlaufstelle sein, welche berät, welche man relativ einfach und unkompliziert fragen kann, wenn man eine fachliche Meinung benötigt zu Energiethemen, zu Biodiversität, Garten, was auch immer. Andere Gemeinden haben dies, was auch sehr genutzt wird, und Dornach hat dies momentan noch nicht. Das wäre etwas, wo wir unbedingt noch nachrüsten müssten. Die Person würde in Kommissionen Einsitz nehmen, wie z.B. der Birsstadt und mit anderen Institutionen und Gemeinden im Austausch sein und das Wissen aktuell halten und den Wissensaustausch pflegen. Dies heisst zusammengefasst: Es ist eine lange Liste. Es sind sehr viele und breite Themen. Im Moment ist es so, dass ein Teil dieser Themen beim Tiefbauer angesiedelt ist, oder man sagt bei den Gärtnern, dass diese schon ein bisschen auf die Biodiversität achten. Aber es sind eigentlich diese Themen an und für sich, wofür im Moment einfach die Person fehlt, welche wirklich dieses spezifische Fachwissen hat, und Zeit hat, sich darum zu kümmern, und das Gesamte zu bewirtschaften. Und genau eine solche Person benötigen wir. Es sollte jemand sein, als Ansprechperson in der Bauverwaltung, in der Bevölkerung aber auch für Kommissionen. Z.B. für die UVEK, welche auch viele Ideen für Projekte und Anregungen aus der Bevölkerung erhält. Aber auch dafür fehlt die zuständige Person in der Verwaltung.

Urs Kilcher, Gemeinderat:

Geschätzte Anwesende

Wenn man an einer Gemeindeversammlung Stellenprozente verlangt, dann gehen natürlich die Anwesenden davon aus, dass auch mehr Arbeit auf der Verwaltung gibt. Dies ist auch so.

Bereich Hochbau/gemeindeeigene Liegenschaften

Was heisst gemeindeeigene Liegenschaften: das ist ein Schulhaus, das ist ein Schwimmbad, das ist eine Sportanlage, das sind Wohnliegenschaften, das sind Parkflächen im ganzen Dorf verteilt. Da benötigt es eine Person, welche zuständig ist. Der Schulhausabwart, benötigt jemanden als Ansprechpartner, der Sportplatzabwart ebenfalls. Auch die Mieter in den div. Liegenschaften benötigen jemanden zum Ansprechen. Diese Person hatten wir bis jetzt nur zum Teil. Aber nicht in dem Umfang, wie wir jemanden benötigen. Die derzeitige 50%-Stelle hat auch mit dem Zukauf der Liegenschaften, welche wir in den letzten Jahren tätigten, mehr Arbeit. Dies sind das Käch Areal, das Ärztehaus und dies sind auch noch Liegenschaften ausserhalb der Bauzone, welche vermietet werden. Dies sind die Punkte, weshalb es eine Vollzeitstelle resp. 80% benötigt. 50% haben wir schon. Jemanden, welchen wir vom Gemeinderat ansprechen können. Z.B. «Du, was ist auf diesem Grundstück los?» Deshalb benötigen wir zwingend diese 30%. Diese Person macht alles, was auf der Präsentation notiert ist. Diese Person ist für die Umsetzungsstrategie zuständig. Wenn z.B. Investitionen notwendig sind, weil z.B. ein Badezimmer in einer alten Liegenschaft renoviert werden muss, oder wenn eine Heizung defekt ist. Was aber ganz wichtig ist, ist das Budget. Diese Person muss auch wissen, in welcher Liegenschaft die Heizung saniert werden muss, oder in welcher Liegenschaft es neue Fenster benötigt. Dies muss ins Budget einfließen. Und somit können wir unser Budget anpassen und es gibt einen geordneten Ablauf. Dies beinhaltet also die Aufstockung.

Bauinspektorat und Sekretariat

Bauinspektorat: Was bedeutet dies? Um es einfach und kurz zu erklären: Das Schlimmste, was uns passieren konnte, war die Pandemie. Denn auf einmal musste man sich mit Homeoffice beschäftigen. Bis dahin, gingen wir Männer, sage ich mal, am Morgen um sieben aus dem Haus und kamen um fünf Uhr abends nach Hause. Und die Frau hat sich den ganzen Tag um alles rund herum gekümmert. Nun durch das Homeoffice hatte man Zeit, während der Arbeitszeit im Garten zu sitzen. Und während dem Arbeiten hat man mitbekommen, dass der eine Nachbar eine Hüpfburg aufgestellt hat, der andere Nachbar hat den Grill auf die Nachbargrenze gestellt und irgendwo drei Häuser weiter weg, ist der Kundenmaurer bereits seit drei Tagen am Spitzen. Und nun hat man der Verwaltung angerufen und hat mitgeteilt: Sie da steht eine Hüpfburg, dort ist dies und hier ist das. Dies war natürlich nicht nur eine Person, dies waren viele Personen. Nun war natürlich das Bauinspektorat viel öfters ausser Haus und musste diesen Meldungen nachgehen. Hier und da einen Augenschein nehmen. Dazu kam, dass wenn man nun zuhause war, konnte man auf die Bauverwaltung gehen und sagen: «Sie, ich möchte gerne einen Umbau vornehmen, können sie mir dabei helfen?». Dies ist eine Dienstleistung der Bauverwaltung, man möchte die Leute beraten. Man sagte: «Schauen sie, sie können dies und jenes machen». In all dieser Zeit konnte das Bauinspektorat gar nicht an den eigentlichen Tätigkeiten arbeiten, welche sie eigentlich hätten erledigen sollen. Sie mussten zusätzliche Arbeiten machen. Und so blieben die eigentlichen Arbeiten, wie Architekten antworten, welche schon längst auf eine Antwort warteten, zurückgestellt. Deshalb verlangen wir dafür 15%, um dies alles wieder aufzuarbeiten.

Das Sekretariat ist dann die Person, welche die ganzen Entscheide und Feststellungen schreiben muss. Dies wären die 5%, welche wir beantragen. Die Pandemie war ja gut und recht, aber für uns auf der Bauverwaltung war es eine Katastrophe. Denn auf einmal gab es viele Leute, welche wie Chefs in der Gemeinde geschaut haben, was der Nachbar alles falsch gemacht hat. Und dies ist nun der Punkt, dass wir nun mit dem Personal für eure Zufriedenheit die Arbeit erledigen können. Darum benötigen wir die Stellenprozente.

Daniel Urech, Gemeindepräsident:

Wir beantragen Ihnen bei den Stabstellen zusätzliche Pensen von 110%. Insgesamt sind zwei Stellen damit geplant. Zur Generationenbeauftragten 80% werden Daniel Müller und Kevin Voegtli nachher etwas sagen. Für die juristische Assistenz werde ich kurz etwas sagen. Da geht es um ein 50% Pensum. Nun haben die aufmerksamen Personen unter Ihnen bereits bemerkt, dass 50% + 80% ergibt doch zusammen nicht 110%. Dass wir nur 110% beantragen, liegt daran, dass wir noch 20% im Stellenplan bei den Zentralen Diensten haben, welche wir bereits dafür einsetzen können.

Wir haben in den letzten Jahren feststellen müssen, dass die rechtlichen Anforderungen an die Gemeinde steigen, insbesondere auch für eine Gemeinde der Grösse von Dornach. Wir sind mit enorm vielen Einsprachen und Beschwerdeverfahren gesegnet. Und dies ist vielleicht ein bisschen eine Zeitererscheinung, dass man sofort einen Anwalt nimmt. Ich persönlich habe ja nichts dagegen. Aber als Gemeinde müssen wir schon feststellen, dass dies ein Problem ist. Dazu kommt, wir haben einen grossen Rückstand bei den Reglements- und Verordnungsrevisionen. Und wir stellen auch immer wieder fest, dass wir zum Teil Vertragspartner sind von Entitäten, welche ganze Rechtsdienste haben – insbesondere die HIAG oder die Compass-Group. Und dass man dann ein bisschen ein Gegengewicht haben muss, wenn man mit diesen Verträge abschliesst, und dass man da gut verhandeln können muss, das führt uns auch zum Schluss, dass wir eine juristische Stelle auf der Gemeinde schaffen müssen. Nun könnte man ja sagen, dass ja bereits zwei Juristen vorhanden sind. Zum einen die Rechtsanwältin Sarah Maria Kaiser als Gemeindeschreiberin. Und der Gemeindepräsident sei ja auch ein Jurist. Nun ist es aber einfach so, dass dies zumindest bei mir sicher nicht ins Pensum von diesen 50%, wie es angedacht wäre, in der Realität sind es ein bisschen mehr, hineinpasst und dass ich auch als Gemeindepräsident grundsätzlich nicht für Rechtsanwaltsarbeiten gewählt wurde. Und bei der Gemeindeschreiberin ist es so, dass sie grundsätzlich als Teil der Verwaltungsleitung, als Mitglied der Geschäftsleitung, als Abteilungsleiterin zentrale Dienste, als Personalverantwortliche, als Zuständige für die politischen Rechte und dann noch als Chefsekretärin für den Gemeinderat und die Gemeindeversammlung, wirklich ein sehr gut ausgefülltes Portfolio hat. Darum hat sich der Gemeinderat einstimmig dem Antrag zur Schaffung dieser Stelle angeschlossen, welche hier vorliegt. Ich möchte transparent sein. Wir haben diese Stelle aufgrund von unmittelbarem Handlungsbedarf befristet bis Ende Jahr bereits geschaffen. Dies hatte im Budget Platz. Wir konnten die Stelle mit einer Rechtsanwältin sehr kompetent besetzen. Ich bin überzeugt, wenn wir schauen, was es uns kostet, externe juristische Unterstützung in Anspruch zu nehmen und wenn wir die Risiken betragen, welche wir mit einem rechtlich unsauberen Vorgehen eingehen, dann ist diese Stelle gut investiertes Geld und führt auch insgesamt zu einer höheren Qualität vom Verwaltungshandeln insgesamt. Aus diesem Grund beantragen wir bei Ihnen die 50% für diese juristische Assistenz. Kommen wir zum Generationenbeauftragten. Da startet der Gemeinderat Kevin Voegtli.

Kevin Voegtli, Gemeinderat:

Guten Abend zusammen. Schön sind sie alle da. Nun haben wir etwas gesehen, was schon immer war. Nun komme ich mit etwas ganz Neuem. Nämlich mit dem Generationenbeauftragten/Generationenbeauftragten. Wie ist es überhaupt zu dem Ganzen gekommen? In der letzten Legislatur hat der Gemeinderat eine Altersmodell sowie ein Kinder- und Jugendleitbild verabschiedet. In diesem Kinder- und Jugendleitbild wie auch im Altersmodell stehen sehr gute Massnahmen für dieses Dorf. Dies kann das Dorf voranbringen. Wie man das Dorf attraktiver gestalten kann. V.a. für Kinder, Jugendliche, Familien oder eben auch für ältere Menschen. Nun ist es an der Zeit, dass man dies umsetzt und nicht auf die lange Bank schiebt und man es da lassen muss, sondern diese Massnahmen in dieser Legislatur umsetzen kann. V.a. das Kinder- und Jugendleitbild verlangt explizit nach diesem Generationenbeauftragten. Warum und welche Vorteile diese Stelle bringt, versuche ich in den nächsten Minuten zu erklären.

1. Die demographische Struktur von Dornach: Dies ist aus dem Altersleitbild direkt herauskopiert. Dies sind Daten aus dem 2020. Wenn sie zusammenrechnen, was die 0-19 Jährigen und 65 - > 80-Jährigen ausmachen, dann kommen wir auf 41%. Man hat nun schon vom Wort Privatwirtschaft gehört, man

könnte von einem grossen Marktpotential reden, oder von einer Marktlücke, welche die Gemeinde ausfüllen könnte oder sollte. Denn für die 0-19 Jährigen, wie auch für die älteren Personen gibt es momentan auf der Gemeinde keine Ansprechperson oder jemand der dafür verantwortlich ist. Wir erhalten mehrmals in der Woche Mails, mit dem Titel: Wer ist für das zuständig? Es ist einfach niemand zuständig. Dagegen würden wir gerne in Zukunft Abhilfe schaffen.

Zweck dieser Stelle: Da gibt es verschiedenste Sachen. Ich gehe v.a. darauf ein, was die Kinder und Jugendlichen betrifft. Daniel Müller wird später etwas zu den älteren Personen und zu den Integrationsaspekten Auskunft geben.

1. Freizeit und Kulturleben in der Gemeinde fördern: Bei beiden Leitbildern hat man festgestellt, dass die Gemeinde Dornach bereits extrem viel hat, aber nicht unbedingt gut vernetzt ist. Dies wäre ein grosser Punkt, den die Generationenbeauftragte ausfüllen kann. Sie kann es vorantreiben. Sie kann die Vernetzung unter den Vereinen vorwärtsbringen. Dann kommt der Punkt, welchen ich bereits genannt habe. Kinder-, Jugend und Altersanliegen aufnehmen und administrieren. Dass es nicht mehr zu der Frage führt, wer ist dafür zuständig. Sondern dass jede Dornacherin und Dornacher, welche auf die Webseite geht oder sonst irgendwo auf der Gemeinde anruft, weiss, diese Person ist verantwortlich und kann dann im Besten Falle, so hoffen wir es doch sehr, dann Auskunft geben und der Bevölkerung bei ihren Fragen weiterhelfen.

2. Integration fördern und fordern: Dani Müller wird zu diesem Thema noch ausführlich berichten.

3. Daniel Müller und ich haben als Ressortverantwortliche keine Ansprechperson, welche für unsere Anliegen zuständig ist. Bei Daniel Müller betrifft dies v.a. Gesundheit und Alter und bei mir betrifft es eigentlich alle Anliegen. Es ist so, dass wir nicht eine Sekretärin oder ein Sekretär für uns suchen, wir schreiben sehr gerne unsere Gemeinderatsanträge selbst. Wir erledigen sehr gerne unsere Arbeiten vor Ort selbst. Aber es geht darum, wenn wir diese beiden Punkte vorantreiben wollen, dann reichen nicht zwei Gemeinderäte. Dann benötigt es jemanden auf dieser Verwaltung, welcher sich tagtäglich damit auseinandersetzt und sich mit diesen Fragen vertieft auseinandersetzen kann und dies wirklich, dies erwähne ich sicher zum 100. Mal, vorantreiben kann.

Zu den Aufgaben des Generationenbeauftragten: Dies wäre wirklich die erste Anlaufstelle für alle Bewohnerinnen und Bewohner, wenn sie Fragen zu diesen Thematiken haben.

Förderung Kulturleben: Dies habe ich bereits erwähnt. Ich kann ihnen gerne ein Beispiel nennen. Dies wäre z.B. eine Leistungsvereinbarung, welches wir uns in der Legislatur Planung als Ziel gesetzt haben, welches der letzte Gemeinderat bereits als Ziel in der Legislatur hatte. Dass wir auch einmal die grossen Vereine betrachten und schauen, was diese überhaupt alles leisten. Wie können wir euch entgegenkommen, was können wir sonst noch bieten. Was können die Vereine für uns machen. Dass man dies wirklich mit den Vereinen auf solide Beine stellen kann.

Dasselbe gilt auch für die Kulturbetriebe. Wir geben extrem viel Geld aus für Kultur in unserem Dorf, was ich sehr befürworte, jedoch was wir dafür bekommen, dies entscheiden letztendlich die Kulturträger selbst. Dies sollte man etwas überwachen, damit wir unsere Mittel noch gezielter einsetzen könnten, auch dies wäre ein Thema für den Generationenbeauftragten.

Vernetzung Koordination familienergänzende Betreuungsangebote in der Gemeinde: Die wenigen, welche wir haben, könnte man auch noch besser vernetzen, schauen, welche Bedürfnisse sind vorhanden und wie könnte man diese optimieren.

Unterstützung der politischen Entscheidungsträger: Daniel Müller und ich.

Kind & Jugend (Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familien- und Jugendberatung)

Betrifft die gesamte Kinder und Jugendarbeit sowie Familien. Es gibt ganz viele Beratungsstellen, bei welchen die Gemeinde Dornach beteiligt ist, was aber ganz viele Bewohnerinnen und Bewohner nicht wissen, z.B. die Familien- und Jugendberatung Birseck, das wissen die Wenigsten, dass wir da angeschlossen sind und denken nicht daran, sich zu sehr guten Konditionen da hinzuwenden. Es ist wichtig, dass solche Dinge im Dorf bekannter werden. Dass wir wirklich diese Angebote nutzen können, wo wir auch Geld investieren. Dasselbe gilt auch für den Bereich Alter, Gesundheit und Kultur, Daniel Müller wird dies später kommentieren. Ich übergebe das Wort an Daniel Müller und hoffe, dass Sie unserem Antrag zustimmen können.

Daniel Müller, Gemeinderat:

Auch von mir ein herzliches Willkommen zur heutigen Gemeindeversammlung.

Wir haben es bereits von meinem Vorredner gehört. Alter und Gesundheit ist ein Bereich von mir. Ich bin auch in der Alters- und Gesundheitskommission. Nicht nur bei Kevin Voegtli und mir fehlt genau diese Ansprechperson, welche diese Anlaufstelle auf der Gemeinde ist, sondern auch bei dieser Kommission. Man tut sich wirklich schwer. Die Kommission würde sich eben zu 100% auf mich verlassen, dass ich entsprechend Informationen an den Sitzungen weitergebe. So, dass sie sich orientieren können und ihre Aufgaben wahrnehmen können. Und dies wäre auch bei einem Generationenbeauftragten, wie es Kevin bereits erwähnt hat, eine ganz wichtige Person, denn sie ist auch die Schnittstelle, bei grösseren Institutionen, wie z.B. der Spitex. Sie ist aber auch Schnittstelle beim Alters- und Pflegeheim Wollmatt. Da passieren immer so viele Sachen. Es sind so viele Bedürfnisse und viele offene Fragen vorhanden. Oder wo eben einfach schlecht von der Gemeinde, zumindest im Moment, oder einfach nur ungenügend, beantwortet werden. Da wäre natürlich ein Generationenbeauftragter wirklich eine ganz grosse Hilfe sowohl für die Betroffenen. Es wäre aber dann auch eine Entlastung entsprechend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Gemeinde. So viel zum Thema Alter und Gesundheit.

Integration fördern und fordern: Dies das ist ein Schlagwort, das hat nicht Dornach erfunden, das muss ich gerade so sagen, sondern dies kommt vom Bund und ist auch an die Kantone übertragen worden. Ich darf Ihnen sagen, dass ich seit anderthalb Jahren für den VSEG Mitglied einer Arbeitsgruppe bin. Das ist der Verband Solothurner Einwohnergemeinden. Die Arbeitsgruppe betrifft das Projekt IIM (Integrales Integrationsmodell). Dies hört sich wahnsinnig an, aber mit diesen verschiedenen Sitzungen, die wir bereits hatten, muss ich sagen es ist wirklich spannend und interessant. Es wurden Sachen aufgezeigt, die mir etwas Sorgen bereiten. Die Integrationsförderung ist in erster Linie für Ausländerinnen und Ausländer gedacht. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kanton und letztendlich natürlich von den Gemeinden. Der Bund hat die groben Rahmenbedingungen und Schwerpunkte vorgegeben. Er unterstützt die Kantone mit weiteren Grundlagen, Hilfsmitteln und Subventionsbeiträgen. Und diese sind nicht ganz unbedeutend. Der Kanton letztendlich, und in dieser Gruppe bin eben auch ich mit involviert, definiert dann Strategien von dieser Integrationsförderung auf der kantonalen Ebene und koordiniert diese Massnahmen letztendlich mit dem Bund. Für die Gemeindeebene ist dies Teil der Aufgabe des Integrationsbeauftragten, auch dieser Bereich ist dann ein Teil der Aufgabe des Generationenbeauftragten. Wie Kevin Voegtli schon gesagt hat: Der Generationenbeauftragte hat ganz grob drei Beine: Familien- und Jugend, Alter und Gesundheit und dann eben ein Integrationsbeauftragter. Dies sind seine drei Schwerpunkte. Und wenn nun da wirklich Ausländer frisch nach Dornach kommen, melden sich diese normalerweise auf der Einwohnerkontrolle an und dann gibt es entsprechend Gespräche. Dies sind Gespräche, welche auf der Gemeinde stattfinden. Die Gemeinde beginnt also diese Integrationsförderung umzusetzen und wir definieren eine strategische, operative Leitung. Die strategische Leitung umfasst oder befasst sich mit der Ausrichtung der kommunalen Integrationsförderung und ist Bindeglied zwischen der Politik und der operativen Leitung. Also diese Leute, die dann das Ganze umsetzen müssen, oder welche an der Front sind. Die Verantwortung wird bereits jetzt in Dornach von der Gemeindegemeinschaft wahrgenommen. Die operative Leitung würde dann eben bei diesem Integrationsbeauftragten liegen. Sie ist dann bei der Einwohnergemeinde angestellt und gewährleistet den entsprechenden Informationsfluss

innerhalb der Gemeinde aber auch zu den kantonalen Fachstellen. Diese sind momentan am Aufbauen. Diese Stelle gibt es eben noch nicht in Dornach, es ist aber Teil der Aufgaben der Gemeinde Dornach. Dies beinhaltet Erstinformationsgespräche von Neuzugezogenen und vorwiegend aus dem Ausland, denn diese sind nicht immer der Sprache mächtig. Die Erstgespräche werden organisiert, durchgeführt, bis zu einem gewissen Punkt. Und ab diesem Punkt müssen sich die Personen selbst organisieren. Dieses Erstgespräch wird bereits heute von einer Mitarbeiterin, zentrale Dienste, wahrgenommen. Sie hat sich auch entsprechend weitergebildet. Sie sagt auch, es sei ein sehr interessanter Job. Aber nun kommt es eben. Nun hat man die Menschen in Empfang genommen. Man hat ihnen erklärt, wo sie einkaufen können, wie sie den Bankomat bedienen sollen, wo sie zum Arzt gehen können, wann eine Steuererklärung folgt, aber damit alleine ist es nicht getan. Wenn nun Problemfälle auftreten, ist dies dann eben der Punkt. Personen, bei welchen der Integrationsprozess ungünstig verläuft, fallen irgendwann durch das soziale Netzwerk. Dann haben wir wirklich Sozialfälle, welche unsere Sozialhilfe so sehr beanspruchen, weil einfach diese Menschen nicht geführt wurden. Damit dies eben nicht passiert, werden dann, wenn man solche Personen erkennt, Kurzassessments durchgeführt. Von uns werden konkrete Integrationsleistungen gefordert. Und ich kann ihn sagen, dies ist ein anständiger Massnahmenkatalog, den diese Leute durchgehen müssen. Und dann ist durch diesen Integrationsbeauftragten eben eine durchgehende Fallführung gewährleistet. Das ist letztendlich nicht eine Forderung, welche die Gemeinde Dornach an sich selbst stellt, sondern diese Forderung ist einerseits vom Bund und auch vom Kanton delegiert worden und das müssen wir einfach umsetzen. So viel zum Thema Integrationsbeauftragten.

Daniel Urech:

Ich komme somit noch zum Bereich Sozialhilfe, wo wir eine Aufstockung um 155% beantragen. Wir haben ja in der Sozialregion einen relativ fixen Schlüssel, nach dem jeweils die Stellenprozente vergeben werden. Dies ist auch in der Regel dieser Bereich, welcher sich jedes Jahr verändert von der Stellendotation her im Stellenplan. Dies ist auch unter dem Gesichtspunkt, dass eine gewisse Fluktuation natürlich ist bei 1700 oder neu 1855 Stellenprozenten nicht ein Problem. Aufgrund der aktuellen Situation mit dem Krieg von Russland gegen die Ukraine reicht der aktuelle Stellenbedarf von 610% hinten und vorne nicht aus. Wir müssen, um die Fallzahlen zu bewältigen, die Erhöhung um 155% Stellenprozente beantragen. Dass man damit nicht das volle Programm für die Leute gewährleisten kann, dass sehen Sie, dass wir zu den 250 bestehenden Sozialhilfedossiers 150 dazu bekommen haben. Man geht davon aus, dass man dies möglichst mit einem einfacheren Modell, dies ist ja auch gesetzlich so vorgegeben, resp. empfohlen worden, dass man dies vereinfacht behandeln kann. Aber, ob dies so bleibt, steht noch in den Sternen. Was ja bei der Sozialregion speziell ist, dass dies nicht alleine die Entscheidung der Gemeinde Dornach ist, sondern dass das Leitorgan, bei welchem sämtliche angeschlossenen Gemeinden vertreten sind, eine Empfehlung ausspricht und damit quasi etwas mitreden kann. Dieses Leitorgan hat das Budget genehmigt und beantragt entsprechend der Gemeinde Dornach auch diese entsprechende Aufstockung. Wie gesagt, wir beantragen hier diese 155% Stellenprozent. Ein guter Teil ist derzeit durch externe Auftragnehmer abgedeckt, durchaus im Moment auch aufgrund der schwierigen Personalsituation. Es ist extrem schwierig Leute zu finden. Aber wir probieren natürlich, wo möglich, all diese Sachen in house zu erledigen. So viel zu dem Bereich Sozialhilfe. Und dann komme ich noch zu den Lehrstellen. Wir haben vor, im nächsten Jahr zwei KV Lehrstellen anzubieten, ebenfalls 2 Lehrstellen im Bereich Betriebsunterhalt und wir würden neu eine Unterhaltspraktikerlehre im Werkhof aufnehmen und hoffen, da eine gute Person zu finden. Der Antrag lautet, dass man den Stellenplan 2023 genehmigen würde und den Gemeinderat mit dem Vollzug beauftragt. Dies wäre die Berichtserstattung von Seiten des Gemeinderates.

Wird das Wort fürs Eintreten verlangt? Das ist nicht der Fall.

://: Das Eintreten ist stillschweigend beschlossen.

Detailberatung

Ludwig Binkert: Ich habe zuerst eine Frage zum Thema Jurist. Habt ihr eine Rechtsschutzversicherung und wieviel wird durch die juristische Person abgedeckt?

Daniel Urech: Wir haben eine Rechtsschutzversicherung, aber die ist noch ganz neu. Und eine Rechtsschutzversicherung ersetzt natürlich einen internen Rechtsdienst nicht. Eine Rechtsschutzversicherung ist für die Fälle da, wo es quasi wirklich knallt und wo man danach eine Anwältin oder einen Anwalt benötigt.

Ludwig Binkert: Herzlichen Dank. Dann habe ich noch ein zweites Thema. Dies betrifft die Beantragung der Stellenprozente. Ihr wollt nun vom 2022 um 805% Stellenprozente steigern, wir haben dies analysiert. Die Gemeinde ist nicht so stark gewachsen in den letzten vier Jahren. Im 2018 hat man bereits in der Bauverwaltung 100% Stellenprozente gutgesprochen, 130% im Werkhof, 120% in der Finanzverwaltung und 30% in den Zentralen Diensten. Im 2020 hatten wir 46.25 Stellen, das haben wir im 2022 nicht ganz benötigt, und nun geht es um 8 Stellen hoch. Dies ist sehr viel und eigentlich wie bei den Investitionen stellt man sich nun die Frage, was ist nun zwingend nötig, was ist wünschbar und was ist Luxus? Und wir als Partei sagen uns: Wenn ihr die Stellenprozente beantragt, was glaubwürdig beantragt wurde, dann möchten wir, dass der Gemeinderat für die nächsten drei Jahre dies auf diesem Standpunkt plafoniert.

Daniel Urech: Vielleicht zuerst zu den 800 Stellenprozent plus. Du beziehst dich da auf Prognosen, von wieviel Stellen per Ende Jahr besetzt sind gegenüber den bewilligten Stellen und nicht die Differenz zwischen den bewilligten Stellen und den neu bewilligten Stellen. Da sind es 365 Stellenprozent, welche neu beantragt werden. Der grösste Teil von dieser Unterbesetzung, welche wir momentan haben, liegt bei der Sozialregion und bei der Bauverwaltung. Und ich glaube, man kann nicht einfach von acht neuen Stellen reden, wenn man im Moment keinen Bauverwalter hat. Und sagen, wenn man dann einen anstellt, sei dies eine neue Stelle. So ist es eben nicht. Es geht um insgesamt 365 Stellenprozente, welche mehr beantragt werden als im letzten Jahr. Und dies sind diejenigen, welche wir vorgestellt haben. Eine verbindliche Aussage oder ein Versprechen des Gemeinderats zum Stellenplan ab 2024 kann ich heute nicht abgeben. Ich hoffe, du kannst dies nachvollziehen. Ich kann aber gerne explizit für das Protokoll sagen, dass der Gemeinderat heute nicht die Absicht hat, für das Jahr 2024 eine Stellenplanerhöhung zu beantragen. Wir gehen davon aus, dass wir nach dem Aufbau, welcher im 2023 erfolgen wird, in eine Phase der Konsolidierung eintreten wird. Die neuen Stellen, die neuen Personen müssen sich etablieren, müssen funktionieren usw. Wir wissen aber auch heute vieles nicht. Wie wird sich die Ukrainesituation entwickeln? Entdecken wir plötzlich im Rahmen der Sparbemühungen eine Aufgabe, welche wir bis jetzt extern erledigen liessen, bei welcher wir sehen, dass wir diese inhouse viel günstiger anbieten können? Oder könnten wir mit der Sozialregion eine bessere Abgeltung der Overhead-Kosten verhandeln, wenn wir dafür in der IT mehr leisten würden? Vor dem Hintergrund solcher Unsicherheiten, wäre es falsch, wenn man jetzt ein definitives Commitment für in einem Jahr abgeben würde. Aber ich kann versichern, dass es nicht die Absicht des Gemeinderates ist, Jahr für Jahr nur aus Freude an mehr Personal, eine Erhöhung des Stellenplanes zu beantragen. Gibt es weitere Fragen oder Anträge?

Frau Berther: Ich habe zu dieser Generationenstelle eine Erklärungs- oder Informationsfrage. Ich verstehe nicht ganz, wäre diese Person z.B. die Ansprechperson oder allenfalls auch die Initiativperson, um hinten beim Ramstel Anlässe durchzuführen. Dies habe ich schon vor Jahren gesagt. Im Winter könnte jeder Verein einmal einen Glühweinstand machen und im Sommer einen sonstigen Getränkestand machen, denn früher hat sich das Volk am Stammtisch getroffen, oder nach der Kirche und heute ist dies im Ramstel. Wie wäre das, dies auf ehrenamtlicher, freiwilliger Basis zu organisieren? Oder wenn die neuen Bänke auf dem Friedhof sind, welche wettergeschützt organisiert und gemacht sind. Könnte man zu dieser Person gehen und sagen: Gehen Sie zu so einer Bank, heben sie sich am Rollator oder allenfalls auch an den Stöcken und ziehen Sie dies heraus und setzten Sie sich gleichzeitig darauf. Wäre dann dies

so eine Person. Oder bei den Fussgängerstreifen, ich weiss nicht, ob dies kantonale oder Bundesvorschriften sind, diese sind alle sehr schön gemacht. Und immer wenn man dann auf die Insel kommt, hat es so ein kleines «Hügeli», wo man den Rollator raufheben muss. Und wenn man etwas älter ist, oder irgendwie krank, oder auch jünger hat man nicht die Kraft, dies zu tun. Wäre dann dies so eine Person, generationenübergreifend? Oder im Gesundheitswesen. Ich habe schon vor vielen Jahren angeregt, man könnte eine Gesundheitsdrehscheibe machen. Ich möchte dies nun nicht weiter ausführen. Dies sind einfach ein paar Punkte, welche mir in den Sinn gekommen sind. Wäre dies so eine Person, kann man sich dann an diese wenden, oder recherchiert diese dann selber, was nötig ist im Dorf?

Daniel Urech, Gemeindepräsident: Wir bemühen uns natürlich heute schon, die Anliegen der älteren Generation so gut wie möglich aufzunehmen. Aber was beispielsweise die Stadt Olten gerade gemacht hat, zusammen mit Pro Senectute, ist ein Seniorenrundgang, wo man eben genau solche Hindernisse, welche die Leute mit einem Rollator antreffen, gesammelt hat. Dies wäre durchaus ein Projekt für den Generationenbeauftragten für Dornach. Also solche Anliegen, welche konkret mit der älteren oder auch mit der jüngeren Generation zu tun hat, zu sammeln und in einen politischen Prozess zu bringen. Oder auch mit der Bauverwaltung schauen, was man machen könnte, wäre durchaus eine Funktion dieser Person. Was ich im Moment nicht machen kann, ist, eine konkrete Massnahme zu versprechen, aber die Idee ist durchaus, dass diese Person auch mit der Zusammenarbeit mit den Dornacher Vereinen solche gemeinsame Initiativen, welche eben die Initiative gemeinsam von den Vereinen von der Gemeinde sind, fördern könnte. Gibt es weitere Fragen?

Hansruedi Tschudin: Zu den verschiedenen Stellen, die geschaffen werden müssen, ist meine Frage: Kann man da beim Stand externe Beratung, externe Verfahren, welche ja etwas Geld kosten, etwas mit diesen Stellen auffangen?

Daniel Urech: Also im rechtlichen Bereich gehen wir davon aus, dass wir mittelfristig mit den Anwaltskosten etwas herunter kommen. Beim Generationenbeauftragen jetzt z.B. nicht, aber was damit verbunden ist, gerade die Integrationsgeschichte, welche Daniel Müller vorgestellt hat, das ist durchaus nicht einfach eine Leistung, welche wir für Gotteslohn erbringen als Gemeinde, sondern da werden wir vom Kanton dafür auch bezahlt. Also wir bekommen einen Sockelbeitrag von 13'000 Franken pro Jahr, plus für jedes Gespräch, das geführt wird, 200 Franken. Also das geht an die 20'000 Franken, welche da vom Kanton entschädigt werden. Aber wir müssen natürlich auch etwas dafür tun. In diesem Jahr mit der Ukraine ist es noch einiges mehr. Da enorm viele solche Integrationsgespräche geführt werden mussten.

Ursula Kradolfer: Also ich kann dies nur begrüssen, dass es endlich so weiter geht in der Richtung, dass es für jedes Gebiet, wo der Gemeinderat vertreten ist, und bearbeitet wird, dass es da auch eine Ansprechperson in der Verwaltung gibt. Insofern ist dies für mich völlig einleuchtend. Und was die Bauverwaltung betrifft, da haben wir immer wieder erlebt, dass es einen Stau gibt, weil einfach so viele Anforderungen da sind, dass sie nicht bearbeitet werden mit dem vorhandenen Personal, auch wenn diese sehr gut arbeiten. Was mich noch interessieren würde ist, wie kommt diese Organisationszuteilung zustande. Also der Generationenbeauftragte oder die Generationenbeauftragte, die sind als Stabstelle vorgesehen? Also vielleicht verstehe ich diese Zuteilung nicht so richtig. Aber so ein Umweltbeauftragter ist ja auch eine Querschnittsaufgabe und könnte genauso gut als Stabstelle fungieren.

Daniel Urech, Gemeindepräsident: Ja man sieht bei der Fachperson für Umwelt und Energie tatsächlich die Nähe zur Bauverwaltung und zum Werkhof als überzeugender. Natürlich wird er innerhalb der Bauverwaltung durchaus eine Stabsstellenfunktion haben, aber ich denke er ist in der Bauverwaltung richtig untergebracht, weil da auch diese Anträge entstehen, welche er nachher mitgestalten wird.

BESCHLUSS

(mit grosser Mehrheit)

- ://: 1. Der Stellenplan 2023 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Ergänzende Unterlagen zur Information (können auf der Gemeindeverwaltung und online eingesehen werden):

- GRB 2022/182 vom 27.06.2022
- GRB 2022/155 vom 13.06.2022
- GRB 2022/159 vom 13.06.2022